

INHALT

neuer Landesvorstand	1
Ronald Hande (MdL)	2
Schüler im Landtag	3
Gedenktag 27. Januar	4
Immigrationswellen	5
"Religion ist Opium fürs Volk"	6
Inklusions-Netzwerke	8
Frauentag	10
Nachruf	11
Termine	12

neu gewählter Landesvorstand



Bestätigt im Amt wurden die Landesvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow, die beiden Stellvertreter Steffen Dittes und Bernd Fundheller. Ebenso wiedergewählt wurden die Landesgeschäftsführerin Anke Hofmann und der Landesschatzmeister Holger Hänsgen. Als weitere Mitglieder wurden in den Landesvorstand gewählt: Mario Hesselbarth, Petra Welitschkin, Diana Skibbe, Jana Klaubert, Sascha Bilay, Dr. Steffen Kachel, Gabi Ohler, Markus Gleichmann, Arne Nowaki, Janine Eppert, Julia Sieber, Philipp Weltzien, Arif Rüzgar, Sabine Berninger und Angela Hummitzsch.



Alles Gute, lieber Bodo!

Die herzlichsten Glückwünsche zum 60. von Ministerpräsident Bodo Ramelow! Wir wünschen Dir viel Kraft, Erfolg, Gesundheit und Glück und uns gemeinsam viele wichtige weitere Schritte für ein fortschrittliches, solidarisches und emanzipatorisches Thüringen.

Unsere Delegation 2015



Ilona Schaft, Sabine Hellmann, Ingrid Krauss, Patrick Beier, Hans-Peter Heller

Landesentwicklung über Ländergrenzen hinaus denken!

Am 05. Februar 2016 fand ein länderübergreifendes Arbeitstreffen von Ronald Hande mit seinem sächsischen Landtagskollegen Enrico Stange in Borna statt. Ziel des Treffens war ein gemeinsamer



Ronald Hande mit seinem sächsischen Landtagskollegen Enrico Stange

Erfahrungsaustausch der beiden Sprecher für Landesentwicklung und Landesplanung.

Viele Entscheidungen der Landespolitik haben Auswirkungen auf die Nachbarländer. Von Maßnahmen beispielsweise im Hochwasserschutz sind direkt die Anlieger am Unterlauf der Fließgewässer betroffen, auch wenn diese bereits in einem anderen Bundesland leben. Eine tiefere Zusammenarbeit der Länder, nicht nur in diesem Bereich, würde sich vorteilhaft auf deren soziale, kulturelle

und wirtschaftliche Entwicklung auswirken.

Besonders die Themenfelder Nah- und Schienenverkehr, Hochwasserschutz und länderübergreifende Aufgaben der Landgesellschaften wollen die beiden Landtagsabgeordneten bei ihrem nächsten Treffen im April vertiefen und auf die Möglichkeiten einer stärkeren Zusammenarbeit hin überprüfen. Um die Region Mitteldeutschland vollständig abbilden zu können, soll künftig auch der Kollege der Linksfraktion aus Sachsen-Anhalt an der Runde beteiligt werden.

Das Kommunalpolitische Forum Thüringen eröffnet neues Domizil

Gestern hat das Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V. sein neues Büro in der Trommsdorffstraße 4 in Erfurt eröffnet. Ronald Hande, der selbst Mitglied im Vorstand des kommunalpolitischen Bildungsvereins ist, stieß mit der amtierenden Vorsitzenden Heidrun Sedlacik und der Geschäftsführerin Katja Seiler auf die neuen und verkehrsgünstig gelegenen Räumlichkeiten an.



Das Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V. (KOPOFOR) ist ein 1991 gegründeter kommunalpolitischer Bildungsverein, der sich mit Lern- und Erfahrungsprozessen im kommunalen Bereich beschäftigt. Er vermittelt Rechtskenntnisse, organisiert Erfahrungsaustausche und gibt praktische Unterstützung für Aktionen und Initiativen. Der Verein steht der Partei DIE LINKE. nahe und streitet für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung im föderalen System der Bundesrepublik. Jede Kommunalpolitikerin und jeder Kommunalpolitiker sei daher herzlich eingeladen die Veranstaltungen des KOPOFORs zu besuchen und selbst Mitglied zu werden, so

Hande, der sich sowohl als Landtagsabgeordneter wie auch als Bürgermeister in den Verein einbringt.

SchülerInnen der Regelschule Schmalkalden besuchen den Thüringer Landtag



Auf Einladung des Landtagsabgeordneten Ronald Hande besuchte am vergangenen Donnerstag die 9. Klassenstufe der Staatlichen Regelschule Schmalkalden den Thüringer Landtag. Die Schülerinnen und Schüler behandeln gerade im Sozialkundeunterricht das politische System in Deutschland. Durch den Besuch des Landtages konnten die Jugendlichen die Praxis des parlamentarischen Betriebes vor Ort kennen lernen.

Ein Besuch im Thüringer Landtag wird stets von einer Mit-

arbeiterin oder einem Mitarbeiter des Besucherdienstes begleitet. Für die Regelschüler war dies Frau Zimmermann. Sie erklärte kurz einige parlamentarischen Abläufe und führte in das Gesetzgebungsverfahren ein. Gleich darauf kamen auch schon die ersten Fragen an den Abgeordneten Hande, der sich Zeit für die Schülergruppe genommen hatte. Eine der Fragen bezog sich auf die Anwesenheit der Abgeordneten. Der Besuch fand an einem Plenartag statt und da Anwesenheitspflicht besteht, hätte Herr Hande eigentlich im Plenarsaal sitzen müssen. Da aber die Sitzung über Lautsprecher im ganzen Haus übertragen wird, können die Abgeordneten auch mal den Sitzungssaal verlassen, sei es um letzte Absprachen zu treffen, auf Toilette zu gehen oder eben eine Besuchergruppe zu begrüßen. Findet jedoch eine Abstimmung statt, gibt es ein akustisches Signal und alle Abgeordneten müssen sich schnell in den Sitzungssaal zurück begeben.



Im Anschluss an das Einführungs-

gespräch konnten die Schülerinnen und Schüler eine Stunde auf der Besuchertribüne Platz nehmen und live der laufenden Debatte folgen. Es lief gerade die sogenannte „Fragestunde“. Hier stellen die Abgeordneten Fragen zu verschiedensten Themen an die Landesregierung, welche diese sachgemäß beantworten muss.

Am Schluss des Besuches stand ein kurzes Auswertungsgespräch. Hier war nochmal Gelegenheit letzte Fragen an den

Abgeordneten zu richten. Gleichzeitig fand vor dem Landtagsgebäude eine kleine Protestaktion von einigen Thüringer Bürgermeistern bezüglich der geplanten Gebietsreform statt. Somit lernten die Schülerinnen und Schüler mit ihrem Besuch des Thüringer Landtags nicht nur die parlamentarischen Abläufe sondern auch eine Form der außer-parlamentarischen Demokratie kennen.



Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus

In jedem Jahr finden im Januar allorts feierliche Gedenkstunden statt, um der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken. Durch eine Proklamation des Bundespräsidenten Roman Herzog 1969 wurde dieser Gedenktag eingeführt und auf den 27. Januar festgelegt, bezogen auf den Tag der Befreiung des größten Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau durch die Rote Armee im letzten Jahr des 2. Weltkrieges. Er ist seitdem ein bundesweiter, gesetzlich verankerter Gedenktag und soll an alle Opfer eines beispiellosen totalitären Regimes während der Zeit des Nationalsozialismus erinnern.



Auch in Schmalkalden gedachte man der unzähligen Todesopfer des Nationalsozialismus. Etwa 15 Menschen kamen auf den Friedhof, die Worte der Erinnerung fanden, Blumen und Kränze an den Ehrenmalen niederlegten. Frau Lochner von der Stadtverwaltung, sie vertrat den Bürgermeister, sprach mit einfühlsamen Worten über die Grausamkeiten der damaligen Zeit, forderte gleichzeitig eine „aktive Auseinandersetzung mit der Geschichte“ und warnte vor „erneuten Gefahren bei uns in Deutschland“. Auch unser Genosse Hoffman - Stadtratsmitglied - warnte vor der aktuellen spürbaren Entwicklung. Intoleranz, Juden Hass und Fremdenfeindlichkeit, jegliche neo-faschistische Tendenzen, sollten im Keim erstickt werden. Nach den mahnenden Worten am Ehrenmal für die „Opfer des Faschismus und Militarismus“ wurden das sowjetische Ehrenmal und der jüdische Friedhof besucht.

Bedauerlicherweise muss aber auch festgestellt werden, dass gemessen an der Einwohnerzahl von Schmalkalden viel zu wenig Bürger und Bürgerinnen der Stadt Schmalkalden an diesem Tag den Weg zum Friedhof fanden, ebenso wie junge Leute fehlten, die sich dieser Gedenkkultur annehmen sollten. Trotz dieser kritischen Bemerkungen für die Stadt Schmalkalden ist aber auch erkennbar, dass sich in Europa - wie auch weltweit - immer mehr Menschen einem Rechtsruck in der Politik entgegenstellen; dies beweisen alle Gegendemonstrationen bei Pegida - und AfD - Veranstaltungen und nicht zuletzt das gute Abschneiden der LINKEN bei den Kommunalwahlen in Hessen.



Die AG-Senioren hat sich auf Initiative des Genossen Weilepp am 25.02.2016 am Grab des Schmalkalder ehemaligen KZ-Häftlings in Buchenwald Herbert Grämmel zu seinem 105. Geburtstag eingefunden und Blumen des Gedenkens niedergelegt hat.

Marlies Luck



Die Frau wurde Sklavin, ehe der Sklave existierte.

August Bebel

Flüchtlings- und Immigrationswellen

Flüchtlings- und Immigrationswellen hat es zu allen Zeiten und überall in der Welt gegeben, egal, ob es offizielle Grenzen gab oder nicht. Als es den Nationalstaat noch nicht gab, waren es Volksstämme, die wegen Kriegen, Naturkatastrophen oder einfach mit dem Wunsch nach einem besseren Leben in fremde Gebiete vordrangen und dort meistens von den Einheimischen nicht gerade willkommen geheißen wurden. Nomadisierende Hirtenvölker wie die Mongolen oder die Tutsi in Rwanda drangen in das Land sesshafter Völker vor, die Ackerbau betrieben und wenig geneigt waren, die Ressourcen fruchtbaren Ackerbodens mit den umherziehenden Hirtenvölkern als Weideland für ihr Vieh zu teilen. Widerstand bis hin zu Kriegen waren dann auf Grund der widerstreitenden materiellen Interessen waren dann die unausweichliche Folge.

Im Zeitalter der europäischen Nationalstaaten und dem Versuch, die Grenzen der Nationalstaaten politisch durch Institutionen wie die Europäische Union zu überwinden, wiederholt sich die Geschichte unter anderen äußeren Vorzeichen, und es scheint, es sind immer wieder die gleichen Muster, die in solchen Fällen seit Anbeginn der Menschheitsgeschichte dabei zu Tage treten: Ein - und Vordringen der Immigrantinnen- und Flüchtlingswellen und ein gewisser Widerstand der Einheimischen dagegen.

Europa hat sich bestimmten christlichen und humanitären Idealen verschrieben und seine politischen Führer fühlen sich im Grunde zumeist verpflichtet, politisch Verfolgte, Opfer von Bürgerkriegen, aber auch Armutsfüchtlinge, die es ebenfalls immer schon gab, aufzunehmen. Ideale stoßen aber in der praktischen Lebensrealität an objektive Grenzen - besonders deswegen, weil die Ressourcen an Wohnraum, Arbeitsmöglichkeiten und sonstiger Teilhabe an den gesellschaftlichen Gütern nun einmal endlich und somit begrenzt sind. Und ein Konkurrieren um diese Güter zwischen Zuwandernden und den ärmeren Teilen der einheimischen Bevölkerung muss ja im Interesse des öffentlichen Friedens vermieden werden.

Wenn Zuwanderungsströme, wie wir sie zur Zeit haben, chaotisch und ungesteuert verlaufen, kommt es zu den Problemen, wie wir sie gerade an den europäischen Grenzen auf der West-Balkan-Route sehen: einzelne Durchzugsländer schicken die Menschen einfach weiter oder bauen einen Zaun, um sie von sich fern zu halten. Andere EU-Länder wollen sich nicht an einer verbindlich vereinbarten Aufnahmequote beteiligen, und wir sehen immer wieder Demonstrationen von (nicht nur) rechtsradikalen Kreisen, die sich gegen diese Zuwanderungswellen von Fremden richten. Und die Furcht vor daraus entstehenden sozialen Verteilungskämpfen schwingt dabei immer wieder mit.

Welche Lösungsmöglichkeiten bieten sich nun auf politischer Ebene an?

1. Natürlich vorrangig die Bekämpfung der Fluchtursachen wie Armut, Rückständigkeit, Kriege und andere relevante Erscheinungen in den Herkunftsländern. So haben z. B. Waffenlieferungen der Union an solche Staaten konsequent zu unterbleiben.

2. Verteilung nach festgelegten und verbindlichen Quoten innerhalb der europäischen Union. Wer von den Mitgliedsstaaten so etwas verweigert, kann auch nicht erwarten, dass ihm von seiten der Union selber finanzielle Solidarität von den anderen Nettozahlern der Union zu Teil wird. Denn die Union ist eben mehr als eine nur auf wirtschaftliche Interessen ausgerichteter freiwilliger Verband der in ihr zusammengeschlossenen Mitgliedsstaaten.

3. Die Mitgliedsstaaten der Union, die Zuwandernde aus nicht-westlichen Kulturkreisen in größeren Kontingenten aufnehmen, müssen dafür Sorge tragen, dass die Zuwandernden die im jeweiligen Gastland geltende Leitkultur anerkennen und respektieren. Denn nur unter dieser Voraussetzung kann eine Willkommenskultur von unten entstehen und können etwaige Vorbehalte gegen Fremde abgebaut werden. Sie von oben zu verordnen, wie es gerade derzeit in der Politik geschieht, wird am Ende wirkungslos bleiben.

Menschliches Zusammenleben funktioniert nun einmal nicht ohne die Anerkennung von Regeln, die für alle verbindlich sind.

4. Bei der Integration von Zugewanderten ist darauf zu achten, dass dies in sozialer Ausgewogenheit geschieht und einheimische sozial ohnehin schon Benachteiligte nicht nun noch mit den Zugewanderten um Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen wie z. B. Wohnraum konkurrieren müssen.

Gerade Letzteres ist äußerst wichtig. Wir haben gesehen, dass Asylunterkünfte in Kiezgebieten der Großstädte militante Proteste hervorrufen können. Eine Ghettobildung in der Ansiedlung von Flüchtlingen und Immigrantinnen sollte daher tunlichst vermieden werden und eine gleichmäßigere Verteilung erfolgen, um den gesellschaftlichen Sprengstoff solcher Ghettosierung von vorneherein das Konfliktpotenzial zu nehmen. Es kann ja nicht sein, dass die Politik dem Kiez von Marzahn in Berlin Asylunterkünfte „zumuten“ will, aber dem feinen Zehlendorf nicht, weil dort sonst die Grundstückspreise oder der Wert der Villen in tiefe Lächer fallen würde. Denn Menschen, die vor Krieg und Verfolgung geflohen sind, sind eben nicht nur für den Kiez von Marzahn, sondern auch für das feine Zehlendorf „gut genug“.

DR. MUHAMMAD SCHMIDT

„Religion ist Opium fürs Volk“

Fakten und Hintergründe (Teil 4)

DR. MUHAMMAD SCHMIDT

Fortsetzung von Nr. 53

ZUR SOZIALEN ROLLE VON RELIGION IN AUßERCHRISTLICHEN UND NICHT-WESTLICHEN KULTUREN

Ein Blick auf nicht-westliche Kulturen außerhalb des Christentums zeigt ein z. T. weitaus differenzierteres Bild von der sozialgeschichtlichen Rolle von Religion als im Westen.

So übte der Islam im 7. und 8. Jh. eine politisch einigende Kraft unter den einzelnen zerstrittenen Stämmen auf der arabischen Halbinsel gegen die damals diese Halbinsel beherrschenden Mächte von Byzanz und des vorislamischen Persien aus. Innergesellschaftlich brachte der Islam eine gewisse Rechtssicherheit auch für die schon in vorislamischer Zeit benachteiligten und oft willkürlich behandelten Frauen. Eine von allen gesprochene Sprache und ein Gefühl der religiösen, aber auch ethnischen Zusammengehörigkeit vereinigte die bisher unter sich zerstrittenen Stämme der arabischen Halbinsel unter dem Banner des Islam.

Da der Islam von jeher Politik und Spiritualität mit Blick auf einen islamischen Staat in sich ausdrücklich vereinigte (im Christentum war beides ursprünglich getrennt, dann aber wurde diese Trennung durch den sozialen Aufstieg der Kirchen in die Machtsphären der Herrschenden aufgehoben), lief dort alles auf einen theokratisch gedachten Staat hinaus mit einem absolut und autokratisch weltlich-geistlichen Führer an dessen Spitze, in dem politische Gewaltenteilung und demokratische Teilhabe an der Macht nicht vorgesehen waren. Auch hier konnten im Grunde genommen die herrschenden Eliten schalten und walten, wie sie wollten und sich ihre gesellschaftlich privilegierte Rolle durch die Religion absichern lassen.

Das islamische Recht kennt zwar einige Grundsätze, die für sich auf den sozialen Ausgleich beziehen (z. B. Spenden für die Armen), aber auch hier wird die Frage nach der sozialen Emanzipation benachteiligter gesellschaftlicher Schichten im Grunde nicht beantwortet.

Hinzu kommt, dass es im islamischen Kulturbereich im Gegensatz zum europäischen Abendland keine Phase der Aufklärung gegeben hat, die überliefertes islamisches Schrifttum ähnlich dem der Bibel einer historisch-methodischen Kritik unterzog und somit viele Aussagen z. B. im Koran entsprechend relativierte.

In den folgenden 1400 Jahren islamischer Religionsgeschichte sind auch jene theologischen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen ausgeblieben, die im westlichen Abendland stattfanden und hier zu einer relativ weitgehenden Emanzipation von ehemals vorherrschender kirchlicher Lehre und deren gesellschaftlichem Einfluss in den heute pluralistischen Gesellschaften des Westens führte, wo Kirche und Religion eben nicht mehr die einzige



Ein Angehöriger der untersten Kaste der Unberührbaren in Indien (Dalit).

gesellschaftliche Kraft, sondern eben nur eine unter mehreren darstellen.

Diese im islamischen Kulturraum ausgebliebene Weiterentwicklung lässt die Religion des Islam und sein Gesellschaftsmodell aus heutiger westlicher Sicht als rückständig und fortschrittsfeindlich erscheinen. Extreme Strömungen innerhalb des Islam haben auch einen gewissen imperialistischen Touch, wenn sie den Jihad in Form einer auf Gewalt beruhenden Ausbreitung des Islam praktizieren. Der Islam kennt weder eine führende Geistlichkeit noch eine zentrale Lehr- und Aufsichtsinstanz; es gibt allenfalls islamische Rechtsgelehrte und dezentral organisierte Autoritäten, so dass sich solche extremen Strömungen leicht verselbstständigen und nicht unter Kontrolle gehalten werden können.

Das arabische Wort Jihad leitet sich von einem Verbalstamm jahada und bedeutet im Koran in erster Linie das geistliche Streben, Allah immer näher zu kommen. Somit ist es in erster Linie als spirituell-religiöses Streben zu verstehen. Dieser große Jihad hat Vorrang vor dem kleinen Jihad, der Kampf mit dem Schwert, der defensiv sein und nur der Selbstverteidigung der Muslime im Falle eines Angriffs dienen soll. Wie so oft, klaffen auch hier Anspruch und Wirklichkeit auseinander.

Im Hinduismus des alten und des modernen Indien ist das soziale Kastenwesen fest verankert und Bestandteil des Karma, wonach jeder entsprechend seiner mehr oder wenig moralisch guten Lebensweise in einem früheren Leben in einem Kreislauf ständig in unterschiedlichen Erscheinungsweisen wiedergeboren wird - einmal in eine führende, dann in eine niedere, den Mächtigen dienende Kaste oder eben „nur“ als Tier. Soziale Mobilität für den Einzelnen zwischen den Kasten und damit ein eventueller sozialer Aufstieg sind so gut wie ausgeschlossen.

Fortsetzung S. 7

Fortsetzung von S. 6

In den klassischen in Sanskrit abgefassten Schriften Indiens werden die Kasten Varna genannt und als solche sozial abgestuft nach Brahmanen (intellektuelle Eliten, z. B. Priester), Kshatriyas (Krieger), Vaishyas (Kaufleute/Händler, Grundbesitzer, Landwirte) und Shudras (Handwerker, Pachtbauern, Tagelöhner) mit vielen weiteren Unterkasten unterschieden. Hier haben wir ein Beispiel, wo extreme soziale Ungleichheit als religiös vorgegeben angenommen und sanktioniert verstanden wird, es keines sozialen Aufstiegs von Religion und ihrer institutionellen Funktionsträger wie in der Geschichte des Christentums bedarf, um Teil des Herrschaftssystems zu werden und soziale Ungleichheit festzuschreiben. Im China der Kaiser gab es die sanjiao, also jene drei Lehrgebäude, die Konfuzianismus, Daoismus und Buddhismus umfassen.

Der Konfuzianismus ist eine Sozialphilosophie, die soziale Ungleichheit nicht nur als ordnungsstabilisierend verstand und die Beziehung der Menschen durch Rituale und eine Ethik der Fürsorge der Herrschenden für die ihnen Untergebenen regeln wollte, wofür die Untergebenen ihrerseits wiederum absoluten Gehorsam schuldig und Anderes den Herrschenden gegenüber schuldig waren. Mit dem Konfuzianismus verband sich nicht nur der Ahnenkult; als Ideologie der herrschenden Schichten beschränkte er auch die freie Entfaltung von Handel und empirischer Wissenschaft und förderte auch eine Art Staatskapitalismus und -monopol, wie wir es heute vom chinesischen Festland unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas her kennen. Diesen Staatsdirigismus in Wirtschaft und Gesellschaft auf dem chinesischen Festland könnte man bis zu einem gewissen Grade als moderne Variante des alten konfuzianischen Systems im China der Kaiser bezeichnen.

Hinzu kommt, dass der Konfuzianismus den Anspruch der Gruppe vor die Ansprüche der Individuen einer Gruppe stellt und erstere sozial höher bewertet als Letztere. Das konfuzianische Ideal im Zusammenleben der Menschen ist danach eben nicht wie im Westen die freie Entfaltungsmöglichkeit des Individuums, sondern dessen funktionelle Einbindung und Unterordnung unter die Belange des Sozialverbandes, dem dieses Individuum angehört. Menschenrechte sind z.B. immer individuelle Rechte des Einzelnen und nicht die einer sozialen Gruppe; in einer solch „kollektivistisch“ geprägten Kultur sind sie daher in ihrem Anspruch nicht nur schwer verständlich, sondern auch nicht unbedingt populär. Der Einzelne ist also einem gewissen sozialen Druck ausgesetzt, seine eigenen Belange geringer zu achten und sich der Gruppe und ihren Belangen total unterzuordnen und sich dieser gegenüber nicht unsolidarisch („selbtsüchtig“) zu verhalten.

Händler und Kaufleute mit individuellem Gewinnstreben waren zwar weitgehend sozial geächtet, dafür war aber die Korruption unter den führenden Schichten umso größer und hat im Verlauf der langen chinesischen Geschichte dadurch abgewirtschaftete Dynastien zu Fall gebracht und neue entstehen lassen, bis diese ebenfalls irgendwann ebenfalls verschwanden und durch andere unter ähnlichen Vorzeichen ersetzt wurden.

Die chinesische Gesellschaft ist weitgehend agnostisch und kennt traditionell keine Vorstellung von einem persönlichen Gott. Transzendente Spiritualität dieser sanjiao ist daher ein

ein wesentliches Merkmal chinesischer Kultur in ihrer originär-klassischen Ausprägung.

Der Konfuzianismus als rationale Sozial- und Sittenlehre ließ aber für die breiten Massen jenes emotionale Ventil vermissen, das diese benötigten, um irgendwie mit ihren nicht gerade rosigen Lebensumständen zurechtzukommen. Was der Konfuzianismus hier nicht bieten konnte, lieferten der chinesische Daoismus und der aus Indien eingeführte Buddhismus. Beide waren ursprünglich Philosophien ohne Gottesvorstellungen und sonstigem religiösen Beiwerk und standen in Lehre und auch sozialer Rolle teilweise in extremen Gegensatz zur traditionell vorherrschenden Ideologie des Konfuzianismus.

Erst als sich Buddhismus und Daoismus mit dem religiösen Volksglauben der unteren Schichten der Bauern, Handwerker und Tagelöhner verbanden und diese den leidenden Volksmassen Visionen von Ansätzen sozialer Gerechtigkeit (Daoismus) und eines Weges zur Selbsterkenntnis und -erlösung (Buddhismus) vorweisen konnten, konnten sie unter den breiten Volksmassen Fuß fassen und zu Religionsrichtungen „von unten“ werden, die für die konfuzianische Herrscherschicht gefährlich werden konnten im Falle sozialer Unruhen wie z. B. in Form der zahlreichen Bauernaufstände, die meist daoistisch oder buddhistisch inspiriert waren.

In China stellten also diese Religionen wegen ihrer sozialrevolutionären Rolle im Grunde genommen ein staats- und herrschaftsgefährdendes Potenzial dar. Die Folge davon waren Bestrebungen, diese staatlich in gewisser Weise zu kontrollieren und ständig im Auge zu behalten. Aus ähnlichen Gründen tun sich auch heute noch die Regierungsbehörden in China mit der Garantie einer umfassenden Religionsfreiheit schwer.



Angehörige der Boxerbewegung in China 1909. Diese waren ebenfalls daoistisch inspiriert und richteten sich vor allem gegen die Vertreter ausländischer Botschaften, westliche Missionare und chinesische Christen. Ab der 2. Hälfte des 19. Jh. hatten westliche Mächte das kaiserliche China nach den von den Briten begonnenen Opiumkriegen zunehmend unter ihre Kontrolle gebracht und das chinesische Kaiserhaus

durch Waffengewalt zum Abschluss sogenannter ungleicher Verträge gezwungen, in denen China nicht nur Teile seiner Souveränität über bestimmte Landesteile (z.B. Shanghai) an die westlichen Mächte abtreten musste, sondern auch die westlichen Mächten wirtschaftlich übervorteilte. Westliche Missionare des Christentums lieferten den ausländischen Botschaftsvertretern oft Information aus dem verschiedenen Landesteilen, die wiederum zur Festigung und des Ausbaus der Kontrolle ausländischer Mächte über China genutzt wurden.

Fortsetzung Nr. 55

In Deutschland gilt derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als derjenige, der den Schmutz macht.
Kurt Tucholsky

Aufbau eines Inklusions-Netzwerkes in der Stadt Schmalkalden zur barrierefreien Gestaltung der Stadt und der Entwicklung eines Tourismus für Alle

Patrick Beier im Interview mit Jürgen Schmidt und Maik Nothnagel

Viele Menschen tun sich schwer wenn es um das Thema Barrierefreiheit und Inklusion geht. Auch findet das Thema nur selten den Weg in die Öffentlichkeit. Ihr wollt mit einem „Inklusionsnetzwerk“ in Schmalkalden das Thema auf die Tagesordnung bringen und daran arbeiten. Was verbirgt sich dahinter – Wer gehört zu diesem Netzwerk und was sind dessen Ziele?

Jürgen Schmidt: Jeden Tag stoße ich als Mensch mit einer Behinderung auf Barrieren, die mich daran



hindern am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen. Das hat zur Folge, dass ich meinen Aktionsradius einschränke und in meiner Freiheit eingegrenzt bin. Das empfinde ich diskriminierend und es entspricht nicht der UN - Behindertenrechtskonvention. Sie ist für Deutschland bindend und fordert die Teilhabe von behinderten

Menschen in allen Bereichen des täglichen Lebens. Vielen Menschen ist das nicht bewusst. Sie kennen diese Grenzen nicht und können sich demzufolge auch nicht in die Situation von behinderten Menschen hineinversetzen. Und da will unser Netzwerk „Barrierefrei für Alle – Schmalkalden inklusiv“ anknüpfen. Wir wollen Ansprechpartner sein, Gemeinsamkeiten herausarbeiten, Ziele definieren und Lösungswege aufzeigen. Vordergründig steht aber erst einmal der Dialog, um das Bewusstsein für Barrierefreiheit und Inklusion bei unseren Mitmenschen zu fördern. Es ist noch nicht angekommen, dass Inklusion kein behinderten-spezifisches Thema ist, sondern alle Menschen betrifft, unabhängig vom Alter, dem Geschlecht oder der Religion.

Was seht ihr als Aufgaben des Netzwerkes und wie wollt ihr an den Themen arbeiten?

Jürgen Schmidt: Wie ich bereits erläuterte ist die Bewusstseinsbildung wichtigste Aufgabe des Netzwerkes. Um gezielt voranzukommen haben wir uns im Rahmen dieses Netzwerkes vorerst auf die Schwerpunkte Freizeit, Verkehr und Tourismus konzentriert. Vertreter von privaten und öffentlichen Einrichtungen in Schmalkalden und Umgebung wurden von uns eingeladen, in zwei Workshops ihre Erfahrungen diesbezüglich mitzuteilen. Es war erfreulich, dass die beiden Workshops so gut angenommen worden sind und von allen Seiten großes Interesse zu verzeichnen war. Nun liegt es an uns, durch weitere Info-Veranstaltungen und gezielte Öffentlichkeitsarbeit die gesammelten Ideen aufzuarbeiten und das Netzwerk mit Leben zu erfüllen. In Kürze tagt unser Vorbereitungsteam, um die weiteren Schritte zu beraten.

Was steckt eigentlich hinter dem Begriff „Inklusion“? Was bedeutet Barrierefreiheit für dich?

Maik Nothnagel: Inklusion heißt für mich, wir sind Teil des Ganzen und von Anfang an dabei! Wir wollen teilhaben und keine Sonderwelten! Inklusion ist für mich ein Menschenrecht was wir uns noch hart erkämpfen müssen, weil die Barrieren in den Köpfen noch sehr groß sind. Leider haben bis jetzt nur sehr wenige den Unterschied zwischen der Integration und der Inklusion erkannt. Bei der Integration werden wir erst einmal ausgesondert und ausgegrenzt um uns dann durch einen langen, diskriminierenden und teuren Prozess wieder zurück in die Gesellschaft zu holen. Das Problem dabei ist, dass es immer einen Rest gibt, der nicht mehr zu integrieren ist. Das Problem haben wir bei der Inklusion nicht mehr. Und bei der Inklusion geschieht dies auf Augenhöhe und wir sind nicht mehr die Bittsteller die einen Almosen erhalten. Deshalb setze ich mich permanent für die Inklusion ein und das betrifft ja nicht nur Menschen mit Behinderungen.

Fortsetzung S. 9

Fortsetzung von S. 8

Wer Inklusion nur darauf reduziert hat das ganze falsch verstanden. Inklusion geht jeden und jede etwas an! Inklusion ist eine große gesellschaftliche Aufgabe! Ob ich diese in Deutschland noch erleben darf, mag ich sehr bezweifeln, bei dem Schnecken tempo mit der die UN - Behindertenrechtskonvention umgesetzt wird.

Deshalb bedarf es solcher Initiativen insbesondere um eine Bewusstseinsbildung in Richtung der Inklusion zu unterstützen.

Das Netzwerk bezieht sich ja speziell auf die Stadt Schmalkalden. Liegt euer Aufgabenschwerpunkt dort oder ist es auch geplant im Raum Meiningen aktiv zu werden?



Maik Nothnagel: In der Tat bezieht sich das Netzwerk derzeit auf Schmalkalden. Das ist auch der Antragstellung des Projektes bei der Aktion Mensch geschuldet. Anstoß für dieses Projekt war ein Vorgängerprojekt, welches wir gerne zur LAGA 2015 durchgeführt hätten. Hier wollten wir für mobilitätseingeschränkte Menschen mit Hilfe von E-Mobilen die LAGA erfahrbar machen. Leider sind wir an den Kosten gescheitert. Aber da die LAGA für die Stadt Schmalkalden und deren Umgebung so viele positive Effekte ergeben hat, haben wir uns überlegt, diese aufzugreifen. So ist dieses kleine Netzwerk Projekt entstanden.

Das Projekt wird jetzt im April in dieser Form beendet. Es gibt aber bereits Überlegungen wie wir es in anderer Form weiter unterstützen können. Eines der Überlegungen ist auch das in ähnlicher Form in Meiningen zu starten. Für Schmalkalden sind noch zwei Treffen vorgesehen, ein internes zur Auswertung und ein zweites öffentliches am 29.04. mit dem Ziel zu klären, wie und mit wen es weitergehen kann. Wir würden uns freuen, wenn sich viele hier mit einbringen können. Geplant ist auch am 30.04. auf dem Altmarkt eine öffentlichkeitswirksame Aktion zu veranstalten, die im Rahmen der 5. Mai Aktionen der Aktion Mensch stattfindet.

Hand auf's Herz – Wie sind die Verbindungen zwischen dem Netzwerk, den vielen Initiativen, Vereinen und Organisationen und der Partei Die LINKE? Was müsste Die LINKE tun um euch

wirklich zu unterstützen?

Maik Nothnagel: Als sehr positiv habe ich es empfunden, dass sich meine Partei DIE LINKE mit in diesem Netzwerk eingebracht hat. Als ehemaliger Inklusionspolitiker und „verhinderter Behindertenbeauftragter“ durch die eigene Partei, tat das besonders gut und zeigt mir, dass meine jahrelangen Aktivitäten hier in unserer Region nicht umsonst waren.

Ich finde es gut, wenn sich Politik mit in dieses Netzwerk begibt und somit den Gedanken der Inklusion mit trägt und ins gesellschaftliche Leben mit einbringt. Wünschen würde ich mir, das es uns gelingt dies auch parteiübergreifend weiter zu entwickeln. Denn Behinderten oder besser noch Inklusionspolitik ist keine Parteipolitik sondern eine Querschnittsaufgabe. Und da haben wir alle mehr oder weniger in unseren Parteien und Institutionen und Verbänden mit zu tun. Die LINKE ist hier auf einem guten Weg, wir haben ein Teilhabekonzept, an den ich mitarbeiten konnte, nur jetzt muss es auch umgesetzt und gelebt werden. Und da gibt es gerade in Thüringen noch so einiges zu tun.

Darf bei euch jeder mitmachen? Wie und wo kann ich das tun? Wer sind die Ansprechpartner?

Jürgen Schmidt: Das Netzwerk „Barrierefrei für Alle - Schmalkalden – inklusiv“ wird initiiert vom Verein zur sozialen und beruflichen Integration e.V., dem Behindertenverband des Landkreises Schmalkalden-Meiningen e.V. und dem Sozialverband Deutschland – Kreisverband Schmalkalden-Meiningen. Wir sind jederzeit offen für Anregungen, Mitarbeit oder Kritik. Mitmachen kann jeder, der sich für Barrierefreiheit und Inklusion in und um Schmalkalden einsetzt. Sie erreichen uns unter folgenden Kontaktdaten:

Kontaktdaten:

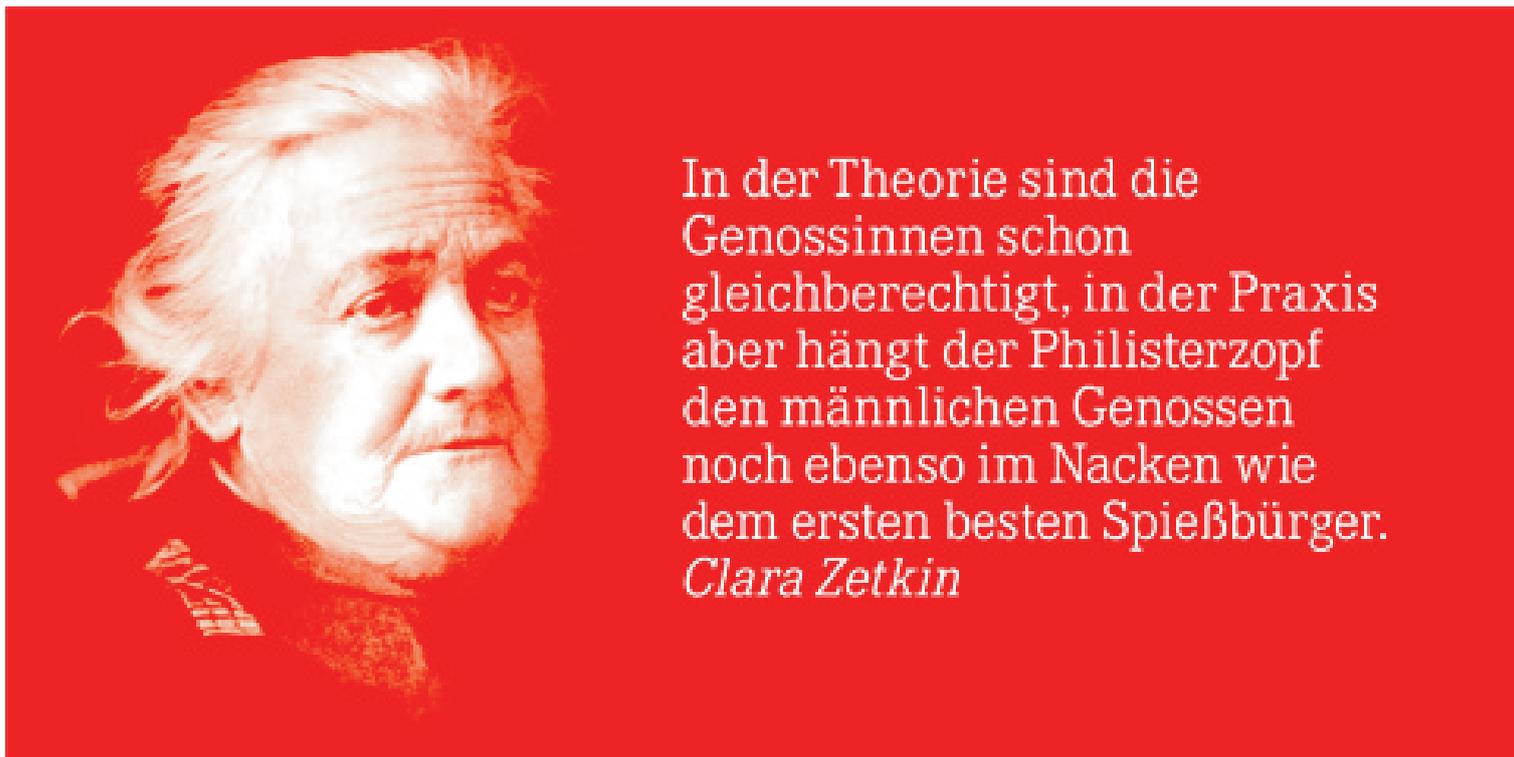
Behindertenverband des LK Schmalkalden-Meiningen e.V.
Herr Jürgen Schmidt
E-Mail: vorstand@behindertenverband-sm.de

SoVD Kreisverband Schmalkalden-Meiningen
Herr Maik Nothnagel
E-Mail: maik-nothnagel@t-online.de

Verein zur beruflichen und sozialen Integration e.V.
Herr Roger Schmidtchen
E-Mail: rschmidtchen@vsbi-online.de

Koordinatorin
Frau Katharina Hausmann-Winges
E-Mail: k_winges@web.de

Jeder Tag ein Frauentag: Gleichberechtigung endlich umsetzen!



Auch wenn jeder Tag ein Frauentag sein sollte ist der 08.März doch ein besonderer, denn er ist der internationale Kampftag für die kompromisslose Gleichberechtigung von Mann und Frau! Genau das fordern wir - ohne Ausnahme! Es reicht nicht, einmal im Jahr daran zu erinnern, dass Frauen in dieser Gesellschaft mit den Männern gleichgestellt sein sollten. Gleichstellung muss umgesetzt werden. Jeder Tag muss ein Frauentag sein!



Zu einem gemütlichen Kaffeestündchen trafen sich am Nachmittag des Frauentages interessierte Frauen unserer Partei. Der junge Parteivorsitzende Patrik Beier hatte erfreulicherweise dazu eingeladen.

Wir Frauen waren uns alle einig, diese Tradition wieder aufleben zu lassen, vor allem auch angesichts der aktuellen Ereignisse in der Türkei, wo eine Demonstration zum Weltfrauentag, bei der Frauen gegen ihren gesellschaftlichen Ausschluss demonstrierten, gewaltsam mit Gummigeschossen und Tränengas aufgelöst wurde.



Nachruf



Wir, DIE LINKE Schmalkalden-Meiningen, trauern um unseren Genossen Fritz Wilhelm Jackstädt aus Wasungen, der am 01.02.2016 im Alter von 72 Jahren verstorben ist. Seit 1968 Mitglied der SED, zog Fritz Wilhelm Jackstädt am 18. Mai 1990, also noch zu DDR-Zeiten, über die Liste der PDS erstmal in den Wasunger Stadtrat ein. Genosse Jackstädt kandidierte zudem zwischenzeitlich als Direktkandidat für den Thüringer Landtag und war zeitweilig Mitglied des Kreistages Schmalkalden-Meiningen.

Auch 2014, verteidigte er seinen Sitz als Stadtrat in Wasungen erfolgreich, schied aber, im September 2015 aus gesundheitlichen Gründen aus dem Stadtparlament aus.

Wir
möchten
seiner
Familie
und

seinen Verwandten sowie politischen Weggefährten hiermit unser Beileid und unsere aufrichtige Anteilnahme aussprechen.

Wir nehmen Abschied von einem Genossen, der uns Vorbild war und über ihren Tod hinaus bleiben wird. Wir werden uns erinnern, sein Leben und Wirken würdigen und ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.



als engagierter Genosse bei der Vorbereitung der Kandidatenaufstellung zur Kommunalwahl 2009

Termine:

Regionalkonferenz Südthüringen

14. März 2016
18:00 – 20:00 Uhr
Schalkau, Bürgerhaus "Thüringer Hof", Marktstr. 8

Veranstaltung mit „Senioren helfen Senioren“

22. März 2016
15:00 – 17:00 Uhr
Zella-Mehlis, AWO-Seniorenheim, Ernst-Haeckel-
Straße 1

Montalk!

21. März 2016
15:30 – 17:30 Uhr
Meiningen, Eleonorenstraße 10

Stadtmitgliederversammlung Schmalkalden

24. März 2016
16:00 – 18:00 Uhr
Schmalkalden, Gaststätte „Walperloh“,
Allendestraße 24

Im II. Quartal gartulieren wir:

3.4. zum 65. Gerhard Rooke, Suhl
 4.4. zum 80. Waldemar Otto, Neubrunn
 5.4. zum 90. Christel Göbel, Schmalkalden
 6.4. zum 75. Ralf Gundlach, Zella-Mehlis
 12.4. zum 92. Ursula Schönecker, Schmalkalden
 17.4. zum 72. Rainer Ganz, Grabfeld
 19.4. zum 79. Ludmilla Eckardt, Untermaßfeld
 22.4. zum 91. Waltraut Steigleder, Zella-Mehlis
 27.4. zum 85. Lucie Griesbach, Meiningen
 29.4. zum 70. Rolf Danz, Erbenhausen
 29.4. zum 74. Gerhard Hoffmann, Schmalkalden
 1.5. zum 72. Helga Beer, Zella-Mehlis
 16.5. zum 60. Rosemarie Druskat, Meiningen
 18.5. zum 75. Rolf Eitzert, Schmalkalden
 22.5. zum 91. Ida Frank, Floh-Seligenthal
 23.5. zum 82. Ingeborg Hergert, Einhausen
 25.5. zum 83. Günter Anschütz, Zella-Mehlis
 31.5. zum 55. Sabine Heller, Schmalkalden

2.6. zum 83. Annerose Göpfert, Neubrunn
 2.6. zum 77. Gerhard Rückert, Melpers
 3.6. zum 81. Ulrich Beck, Schmalkalden
 13.6. zum 87. Arno Müller, Meiningen
 14.6. zum 78. Sieglinde Rübsam, Meiningen
 16.6. zum 81. Ruth Kusch, Zella-Mehlis
 20.6. zum 87. Karl Jaklin, Springstille
 21.6. zum 85. Alfred Reformat, Schmalkalden
 23.6. zum 90. Annemargret Keller, Meiningen

Termine:**Ostermarsch**

26. März 2016
 11:00 Uhr
 Ohrdruf, Bahnhof

Klausurtagung für Mandatsträger*innen

09. April 2016
 10:00 – 15:00 Uhr
 Schmalkalden, Sport-und Mehrzweckhalle, Teichstraße 10

Großdemonstration gegen TTIP und CETA in Hannover!

23. April 2016
 12:00 – 15:00 Uhr
 Hannover, Trammplatz

Bundesparteitag

28. Mai 2016 – 29. Mai 2016

Magdeburg, Messe, Tessenowstraße 9a

**Wir trauern um:**

Käte Brandt, Zella-Mehlis
 Alfons Brandt, Zella-Mehlis
 Elfriede Brotz, Wasungen
 Fritz-Wilhelm Jackstädt, Wasungen
 Christel Wilhelm, Floh-Seligenthal

Impressum:

DIE LINKE. Schmalkalden-Meiningen

Kreisvorstand, in Verantwortung
 von Patrick Beier (V.i.S.d.P.)
 Tel. (03693) 8853531
 rgeschaeftsstelle@die-linke-schmalkalden-
 meiningen.de

www.die-linke-schmalkalden-meiningen.de

Spendenkonto:

IBAN: DE65840500001706060366
 BIC : HELADEF1RRS

Öffnungszeiten:

Kreisgeschäftsstelle
 Dienstag 09:00 - 12:00 Uhr
 (und nach Vereinbarung)

Abgeordnetenbüro Steffen Harzer (MdL)
 Eleonorenstraße 10
 98617 Meiningen
 Tel.: (03693) 8853530
 Montag bis Freitag 09:00 - 17:00 Uhr

Bürgerbüro Ronald Hande (MdL)
 Hoffnung 11
 98574 Schmalkalden
 Tel.: (03683) 4899927
 Montag, Mittwoch
 09:00 - 12:00 Uhr und 14:00 - 16:00 Uhr
 Donnerstag
 09:00 - 12:00 Uhr und 13:00 - 16:00 Uhr
 Freitag
 09:00 - 12:00 Uhr

Abgeordnetenbüro Ina Leukefeld (MdL)
 Rüssenstraße 19
 98527 Suhl
 Tel.: (03681) 728562

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge
 oder Pressemitteilungen (pm) trägt der
 Verfasser die alleinige Verantwortung.
 Nachdruck nur mit Genehmigungen der
 Redaktion.